

Infrastruktur

Infrastruktur für die Wirtschaft in Unterfranken

vbw

Position
Stand: Januar 2026

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Die Wirtschaft in Unterfranken braucht gute Standortbedingungen

Die Unternehmen in Unterfranken sichern den Wohlstand vor Ort und sind oft weltweit erfolgreich. Voraussetzung für ihren Erfolg ist eine leistungsfähige Infrastruktur, sowohl am Unternehmenssitz als auch an den Wohnorten der Beschäftigten. Wichtige Elemente sind dabei eine stabile Energieversorgung, bedarfsgerechte Mobilitätsangebote, hoch leistungsfähige digitale Netze, eine effektive Verwaltung, hervorragende Bildungsinstitutionen sowie innovative Forschungseinrichtungen. Ebenfalls von großer Bedeutung sind zudem flexible Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen sowie eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung.

Unterfranken mit der Regiopole Würzburg besitzt auf allen genannten Feldern wertvolle Stärken. Die Sicherung einer guten Infrastruktur ist jedoch eine Daueraufgabe. Sie muss den regionalen Gegebenheiten und den Interessen vor Ort Rechnung tragen. Jedes Entwicklungsvorhaben ist in technischer, planerischer, finanzieller und auch in politischer Hinsicht eine Herausforderung. Die Schwerpunktsetzung bei den vor Ort zu realisierenden Infrastrukturvorhaben sollte in enger Abstimmung mit der Wirtschaft geschehen.

Als Beitrag für diese politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse nennt unser Positionspapier konkrete Infrastrukturaufgaben und -projekte, die die Wettbewerbsfähigkeit der unterfränkischen Unternehmen absichern und die Standortattraktivität des Regierungsbezirks stärken.

Bertram Brossardt
28. Januar 2026

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Position auf einen Blick | 1 |
| 1 Standort Unterfranken | 2 |
| 1.1 Wirtschaft und Industrie | 2 |
| 1.2 Demografische Entwicklung | 2 |
| 1.3 Unternehmerperspektiven 2025 | 3 |
| 2 Digitale Netze | 4 |
| 2.1 Glasfasernetze flächendeckend ausbauen | 4 |
| 2.2 5G-Mobilfunk flächendeckend bereitstellen | 6 |
| 3 Energie | 8 |
| 3.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen | 8 |
| 3.2 Netzausbau vorantreiben | 9 |
| 3.3 Energiespeicherlösungen entwickeln und einsetzen | 10 |
| 4 Mobilität | 11 |
| 4.1 ÖPNV – Verbundsystem stärken | 11 |
| 4.2 Straßeninfrastruktur kapazitätsgerecht entwickeln | 12 |
| 4.3 Schienenverkehr ertüchtigen | 14 |
| 4.4 Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen | 14 |
| 4.5 Binnenwasserstraßen ertüchtigen | 15 |
| 5 Bildung und Betreuung | 16 |
| 5.1 Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausbauen | 16 |
| 5.2 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten | 17 |
| 5.3 Digitalisierung in allen Schulformen vorantreiben | 17 |
| 5.4 Weiterentwicklung der Berufsschulstandorte | 17 |

| | | |
|----------|--|-----------|
| 5.5 | Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen | 18 |
| 6 | Innovation | 19 |
| 6.1 | Hochschulen und Universitäten bedarfsgerecht ausbauen | 19 |
| 6.2 | Technologietransfer stärken | 20 |
| 6.3 | Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen | 21 |
| 7 | Moderne Verwaltung | 22 |
| 7.1 | Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen | 22 |
| 7.2 | Regionale und kommunale Diskrepanzen bei digitalen Verwaltungsdienstleistungen abbauen | 23 |
| 7.3 | Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene | 24 |
| 8 | Gesundheit und Pflege | 25 |
| 8.1 | Ärzteversorgung in der Fläche sicherstellen | 25 |
| 8.2 | Apothekennetz erhalten | 27 |
| 8.3 | Krankenhausversorgung nachhaltig entwickeln | 27 |
| 8.4 | Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen | 28 |
| 9 | Wohnraum | 29 |
| | Anhang | 31 |
| | Ansprechpartner/Impressum | 33 |

Position auf einen Blick

Anliegen zur Infrastrukturentwicklung in Unterfranken

Eine bedarfsgerechte und leistungsstarke Infrastruktur ist wichtig für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Sie muss daher unter besonderer Berücksichtigung der für Teile Unterfrankens absehbar schwierigen demografischen Entwicklung zukunfts-fest ausgebaut werden. Hierzu müssen auf vielen Infrastrukturfeldern Maßnahmen umge-setzt werden.

Die wichtigsten Infrastrukturthemen des Regierungsbezirkes Unterfranken sind die Berei-che digitale Netze und Energie sowie Mobilität. Die folgenden Projekte haben dabei eine besonders hohe Bedeutung:

- 5G-Mobilfunk und Glasfaser mit höchster Priorität weiter ausbauen
- Dezentrale Energieerzeugung ausbauen
- Sechsstreifiger Ausbau der A3 von Würzburg-Heidingsfeld bis AK Fürth-Erlangen vollständig fertigstellen
- Sechsstreifiger Ausbau der A7 zwischen AK Biebelried bis AD Schweinfurt-Werneck vorantreiben
- Durchgängigen Ausbau der B26n von der A70 bis zur A3 realisieren
- Umfassende Ertüchtigung der Schienenmagistrale Frankfurt/M. – Aschaffenburg – Würzburg – Nürnberg vorantreiben

Unser vorliegendes Positionspapier konzentriert sich auf konkrete Projekte und Heraus-forderungen auf den einzelnen Infrastrukturfeldern. Die vbw hat für alle Handlungsfelder grundlegende Positionspapiere und Studien veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

1 Standort Unterfranken

Wirtschaftsstruktur, Demografie, Bewertung

1.1 Wirtschaft und Industrie

Die rund 1,31 Millionen Einwohner Unterfrankens (Stand 31. Dezember 2023) verteilen sich auf neun Landkreise und die drei kreisfreien Städte Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg. Insgesamt verfügt Unterfranken über 305 kreisangehörige Gemeinden, Städte und Märkte (davon zwei große Kreisstädte Bad Kissingen und Kitzingen). Der Regierungsbezirk ist vielfach ländlich geprägt und liegt zwischen den Metropolregionen FrankfurtRheinMain und Nürnberg.

Die *Regiopolregion Mainfranken* gehört zu den zehn führenden Hightech-Standorten in Europa. Würzburg punktet als Regionalzentrum mit seinem Dienstleistungssektor, Schweinfurt unter anderem mit seiner Metall- und Elektroindustrie. Der Bayerische Untermain mit dem Oberzentrum Aschaffenburg gehört bayernweit zur Spitzengruppe der Wirtschaftsräume. Die enge Vernetzung mit der Metropolregion FrankfurtRheinMain, der Anschluss an den Flughafen Frankfurt und die Nähe zu Autobahn- und Schienenkreuzen sind sehr vorteilhaft.

Der Maschinen- und Anlagenbau, die Automobilzulieferindustrie sowie die Nahrungs-, Getränke- und Futtermittelindustrie bilden wichtige Branchenschwerpunkte und haben einen spürbar höheren Beschäftigtenanteil als im bayerischen Durchschnitt. Unterfranken hat darüber hinaus besondere Stärken in den Bereichen Energie und Umwelt, Künstliche Intelligenz, Robotik, Neue Materialien und Kunststoff, Bildung, Tourismus, Weinbau und Landwirtschaft.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 2023 rund 49.460 Euro, es stieg allein zwischen 2013 und 2023 um knapp 42,6 Prozent. 64,1 Prozent der Bruttowertschöpfung wurde 2023 im Dienstleistungssektor erwirtschaftet und 34,8 Prozent im produzierenden Gewerbe, davon 24,9 Prozent in der Industrie. Die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2024 bei 3,6 Prozent und damit leicht unter dem bayernweiten Durchschnitt (3,7 Prozent).

1.2 Demografische Entwicklung

Die vom Bayerischen Statistischen Landesamt im Mai 2025 vorgelegte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2023 bis 2043 zeigt für Unterfranken leicht positiv: Bis 2043 wird mit einer Bevölkerungszunahme von knapp 11.800 (0,9 Prozent) auf knapp 1,32 Millionen Einwohner gerechnet.

Standort Unterfranken

Die demografischen Indikatoren geben einen wichtigen Hinweis für den Handlungsbedarf auf einzelnen Infrastrukturfeldern (Abbildung 1). Von 2023 bis 2043 wächst das Durchschnittsalter in Unterfranken um 1,1 Jahre auf 45,1 Jahre. Gleichzeitig nimmt auch der Altenquotient¹ um 25,8 Prozent auf 44,9 Prozentpunkte zu. Damit geht ein zunehmender Bedarf an wohnortnaher Gesundheitsversorgung sowie stationären und ambulanten Pflegeangeboten einher. Positiv zu bewerten ist der um 6,4 Prozent auf 33,2 Prozentpunkte steigende Jugendquotient². Er lässt auf einen wachsenden Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder in Kitas und Schulen schließen.

Abbildung 1

Demografische Entwicklung in Unterfranken 2023 bis 2043

| | Bevölkerungs- entwicklung | Entwicklung Durchschnittsalter * | Entwicklung Jugendquotient ² | Entwicklung Altenquotient ¹ |
|--------------------------------------|------------------------------|-------------------------------------|--|---|
| Regierungsbezirk Unterfranken | 0,9% | 1,3 | 6,4% | 25,8% |
| Bayern | 4,3% | 1,2 | 4,8% | 25,1% |
| Aschaffenburg (S) | 2,9% | 1,5 | 0,7% | 23,4% |
| Schweinfurt (S) | -1,5% | 0,9 | -2,4% | 9,2% |
| Würzburg (S) | 0,0% | 0,5 | 0,4% | 7,2% |
| Aschaffenburg | 1,0% | 1,4 | 9,7% | 33,6% |
| Bad Kissingen | 0,1% | 1,1 | 10,1% | 26,1% |
| Rhön-Grabfeld | -1,2% | 1,4 | 8,2% | 29,5% |
| Haßberge | -1,5% | 1,8 | 6,8% | 33,3% |
| Kitzingen | 6,1% | 1,4 | 10,2% | 31,1% |
| Miltenberg | 0,5% | 1,6 | 7,5% | 35,6% |
| Main-Spessart | -1,6% | 1,4 | 6,8% | 28,9% |
| Schweinfurt | 0,1% | 0,9 | 5,1% | 22,5% |
| Würzburg | 4,1% | 1,2 | 6,8% | 23,7% |

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2023 bis 2043; Zahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres; eigene Darstellung; (S) = Kreisfreie Stadt, übrige = Landkreis; * Zunahme in Jahren.

1.3 Unternehmerperspektiven 2025

Die Studie *Standort Bayern: Unternehmerperspektiven 2025* zeigt: Die Standortqualität Unterfrankens wird von den Unternehmern mit 69,4 Punkten (Durchschnitt Bayern 72,5 Punkte) und damit noch gut bewertet. 76,9 Prozent (Bayern 80,7 Prozent) der Unternehmen würden sich wieder im Regierungsbezirk ansiedeln.

Die Befragung beinhaltet zudem die Bewertung der Zufriedenheit mit einzelnen Infrastrukturfeldern (Noten 1 bis 3). Die Ergebnisse sind am Beginn der jeweiligen Kapitel aufgeführt und den bayerischen Mittelwerten gegenübergestellt.

¹ Anteil der über 64-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

² Anteil der unter 20-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

2 Digitale Netze

Glasfasernetze und 5G-Mobilfunkausbau flächendeckend ausrollen

Die vbw tritt gegenüber Bund und Freistaat für weiterhin ehrgeizige Ausbauziele bei den digitalen Netzen, effiziente Förderpolitik, schnelle und einfache Genehmigungsverfahren und Bauprozesse sowie Werbung für mehr Akzeptanz von Mobilfunkanlagen ein. Spätestens im Jahr 2030 muss Bayern flächendeckend mit Glasfaser und 5G-Mobilfunk erschlossen sein. Die kommunale Ebene hat dabei sowohl beim Umgang mit Fördermöglichkeiten als auch bei Genehmigungsprozessen eine Schlüsselrolle. Darüber hinaus gilt es, die Cyber-Sicherheit der digitalen Netze sicherzustellen und für eine ausreichende Resilienz bei netzbeeinflussenden Vorfällen zu sorgen.

Unternehmerperspektiven 2025

| | Bayern | Unterfranken |
|---|--------------|---------------------|
| Zufriedenheit Güte digitale Infrastruktur | 55,9 Prozent | 46,4 Prozent |
| Zufriedenheit Güte Mobilfunkinfrastruktur | 53,5 Prozent | 59,8 Prozent |

Digitale Netze – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Notwendige Genehmigung für Glasfaserleitungen und Mobilfunkmasten rasch erteilen
2. Insbesondere auch auf Glasfaseranschlüsse für Unternehmen achten
3. Bürgerbedenken gegen den Ausbau vor allem der Mobilfunknetze und unter Einbindung der an den Netzen interessierten Bürgerschaft aufklärend entgegentreten

2.1 Glasfasernetze flächendeckend ausbauen

Die vbw ermittelt in der Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* regelmäßig den Ausbaustand des digitalen Festnetzes. Darüber hinaus legen wir regelmäßig Auswertungen zum Ausbaustand der digitalen Infrastruktur in den Regierungsbezirken vor.

Der Anteil der Haushalte in Unterfranken, die bereits Zugang zu besonders zukunftsfähigen Glasfaseranschlüssen bis zum Endkunden (FTTB/H) haben, liegt mit 28,4 Prozent unter dem bayerischen Durchschnitt von 36,6 Prozent. Das entspricht dem vorletzten Platz im Vergleich der bayerischen Regierungsbezirke. Der Wert konnte verglichen mit April 2024 jedoch um 10,0 Prozentpunkte gesteigert werden. Im Landesdurchschnitt lag der Anstieg mit 9,6 Prozentpunkten praktisch auf dem gleichen Niveau.

Die Glasfaseranbindung unterfränkischer Haushalte ist sowohl in städtischen Räumen mit 43,4 Prozent (Bayern: 48,7 Prozent) als auch in ländlichen Räumen mit 20,6 Prozent (Bayern: 26,1 Prozent) unterdurchschnittlich. In 214 Kommunen in Unterfranken (69,5 Prozent) sind weniger als 20 Prozent der Haushalte mit Glasfaser versorgt. Der Anteil der unterversorgten Kommunen liegt damit deutlich über dem bayerischen Durchschnitt (58,4 Prozent). Unterfranken schneidet hier also schlechter ab. In den unterfränkischen Gewerbegebieten waren Ende 2024 lediglich 41,6 Prozent der Unternehmen mit Glasfaser (FTTB/H) versorgt (Abbildung 2; Landesdurchschnitt: 50,2 Prozent). Auch bei Betrachtung aller Unternehmen weist Unterfranken einen unterdurchschnittlichen Anteil von 30,1 Prozent (Landesdurchschnitt: 38,0 Prozent) auf.

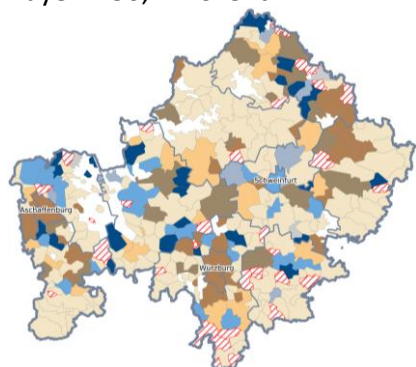
Abbildung 2

Glasfaserversorgung der Unternehmen in Unterfranken Ende 2024

Unternehmen in Gewerbegebieten

Unterfranken: 41,6 Prozent

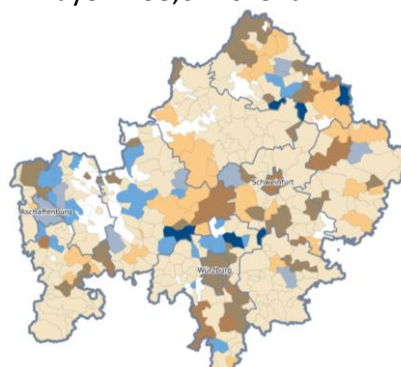
Bayern: 50,2 Prozent



Alle Unternehmen

Unterfranken: 30,1 Prozent

Bayern: 38,0 Prozent



FTTB/H-Versorgung
in Prozent der Unternehmen

- > 98,5
- 98,5 bis >80
- 80 bis >70
- 70 bis >50
- 50 bis >30
- 30 bis >20
- <20
- Gemeindefreie Gebiete

Quelle: BMDV / BNetzA (2025), Darstellung: IW Consult GmbH.

Gemäß der bis Mitte August 2025 veröffentlichten Daten zu den Förderverfahren der Kommunen im Zuge der Bayerischen Gigabitrichtlinie (BayGibitR) sollen aufgrund bereits laufender Projekte in Unterfranken rund 51.300 Adressen einen Gigabit-Anschluss erhalten. Gut 9.490 Kilometer Glasfaser sollen dafür insgesamt neu verbaut werden. Rund 2.700 Kilometer davon wurden gemäß den Fördersteckbriefen bis Ende des zweiten Quartals 2025 bereits verlegt. Der Großteil wird voraussichtlich ab 2026 installiert.

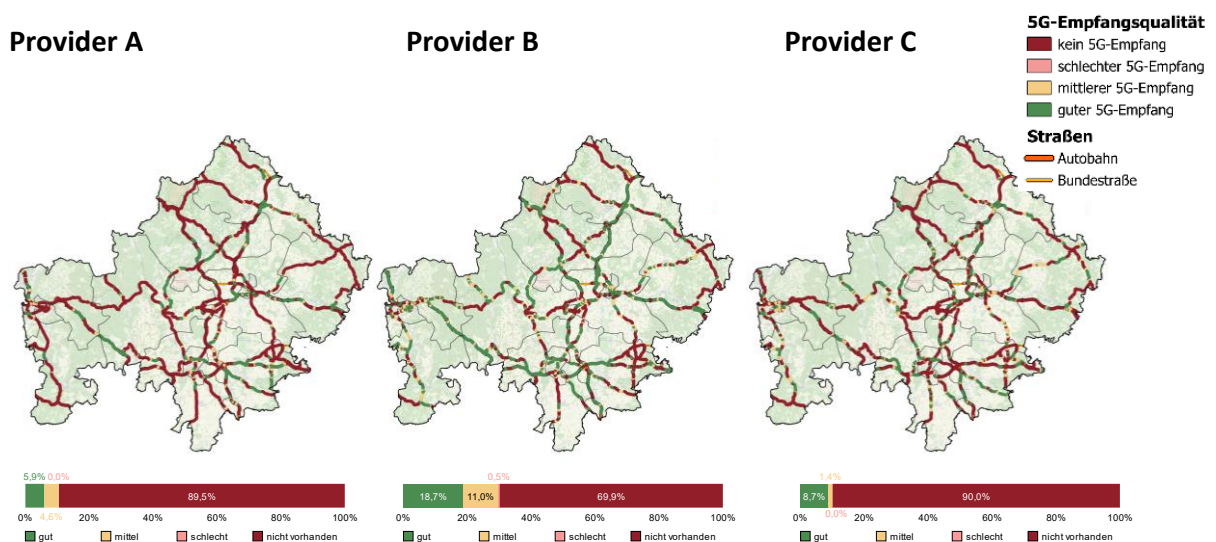
Bis zu einer flächendeckenden Anbindung mit Glasfaser sind jedoch noch erhebliche Anstrengungen nötig.

2.2 5G-Mobilfunk flächendeckend bereitstellen

Die gemessene 5G-Mobilfunkverfügbarkeit auf Autobahnen und Bundesstraßen in Unterfranken liegt für alle drei untersuchten Provider auf niedrigem Niveau (Abbildung 3).³ Der Anteil der Messpunkte, an denen eine gute Empfangsqualität ermittelt werden konnte, liegt bei 5,9 (Provider A), 18,7 (Provider B) und 8,7 Prozent (Provider C). Die Provider schneiden damit in Unterfranken durchgängig deutlich schwächer ab als landesweit, wo die Anteile 29,2 (Provider A), 37,4 (Provider B) und 20,7 Prozent (Provider C) betragen. Entsprechend ist bei allen Providern der Anteil der Messpunkte ohne Empfang in Unterfranken höher als im Landesdurchschnitt. Bei Provider A war an 89,5 Prozent der Messpunkte kein Empfang feststellbar (Bayern: 64,5 Prozent). Für die Provider B und C liegen die Anteile bei 69,9 (Bayern: 49,7 Prozent) und 90,0 Prozent (Bayern: 66,8 Prozent).

Abbildung 3

Messung der Mobilfunkversorgung



Quelle: IW Consult GmbH, Angaben beziehen sich auf die Güte der Messpunkte.

Die Mobilfunkversorgung in Unterfranken wird sich jedoch verbessern. Dazu trägt auch das Förderwesen bei: In 16 unterfränkischen Kommunen haben die Betreiber von Mobilfunktürmen (Tower Companies) im Rahmen der Bundesförderung zur Schließung weißer Flecken bereits Zuwendungsbescheide erhalten (Vorjahr: 1 Kommune).

Vielfach geht es bei Lückenschlüssen im Netz nicht um Förderung, sondern um die Genehmigung von Standorten für Masten durch Kommunen. Soweit solche Genehmigungen

³ Die Erhebung fand zwischen dem 14. Oktober 2024 und dem 04. Dezember 2024 statt.

erforderlich sind, stehen Kommunen in der Verantwortung, sie auch schnell und verlässlich zu erteilen.

Ziel muss es sein, das 5G-Netz in jeder Region Bayerns möglichst schnell flächendeckend auszurollen, insbesondere auch an Verkehrswegen. Positiv ist insofern die geplante Änderung der Bayerischen Bauordnung zu werten, durch die der Bau von neuen Mobilfunkmasten einfacher werden soll.

3 Energie

Sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung schaffen

Eine zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung hat für Unternehmen und für die Standortentscheidung internationaler Investoren größte Bedeutung. Hohe Energiepreise belasten die Unternehmen. Energieintensiv sind in Unterfranken vor allem die Metall- und Elektroindustrie, Gießereien sowie Papier- und Glasfabriken. Sie besitzen große wirtschaftliche Bedeutung und sichern zehntausende Arbeitsplätze. Parallel muss die Energiewende auch am Standort Unterfranken vorangebracht werden.

Unternehmerperspektiven 2025

| | Bayern | Unterfranken |
|---------------------------------------|--------------|---------------------|
| Zufriedenheit Sichere Stromversorgung | 84,6 Prozent | 80,3 Prozent |
| Zufriedenheit Sichere Gasversorgung | 81,2 Prozent | 81,2 Prozent |

Energie – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Ausbau der dezentralen Energieerzeugung
2. Vorantreiben des Netzausbaus

3.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen

Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien hat in Unterfranken erneut zugenommen – insbesondere durch den Ausbau von Photovoltaikanlagen (Tabelle 1). Nach aktuellen Zahlen ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch im Regierungsbezirk von 51,3 Prozent (31. Dezember 2022) auf 58,3 Prozent (31. Dezember 2023) angestiegen.

Folgende Aufgaben sind mit Nachdruck zu verfolgen:

- Ausweisung weiterer Flächen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen
- Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse aus bestehenden Solar- und Windparks für die Errichtung weiterer Anlagen
- Beschleunigter Ausbau der Windenergie an geeigneten Standorten in Unterfranken
- Bau weiterer regionaler Biogasanlagen mit Abwärme-Nutzung
- Heben von Potenzialen bei der Biomethanproduktion

Energie

- Ausbau und Nutzung der Geothermie an geeigneten Standorten
- Nutzung der Rohstoffreserve Holz (z. B. in Energiegenossenschaften für Bäder, Schulen, Behörden, Innenstadtgebiete, Kaskadennutzung)
- Modernisierung bestehender Wasserkraftanlagen, Suche/Entwicklung neuer Standorte

Tabelle 1

Ausbaustand der erneuerbaren Energien in Unterfranken

| | Unterfranken | | Bayern | |
|---------------------|---|--|------------------------------|-------------------------------------|
| | Zahl der Anlagen | Installierte Leistung | Zahl der Anlagen | Installierte Leistung |
| Windenergie* | 271 | 631 MW | 1.148 | 2.627 MW |
| Photovoltaik | Dach: 98.343 Frei: 466 | Dach: 1.409 MWp Frei: 1.103 MWp | Dach: 961.551 Frei: 3.896 | Dach: 14.771 MWp Frei: 7.463 MWp |
| Biomasse | 187 | 124 MW | 3.746 | 1.973 MW |
| Wasserkraft | 265 | 105 MW | 4.196 | 2.448 MW |

Quelle: Energie-Atlas Bayern, Bayerisches Landesamt für Umwelt; Werte zum Stand 31.12.2023.

* Anlagen mit mehr als 70 kW; Photovoltaik: Dach = Dachflächen, Frei = Freiflächen

Unumgänglich ist es ferner, eine Wasserstoff-Infrastruktur für die Erzeugung und den Transport zum Aufbau einer regionalen grünen Wasserstoffwirtschaft zu realisieren.

3.2 Netzausbau vorantreiben

Die Netzinfrastuktur ist Schlüsselement und Achillesferse der Energiewende zugleich. Dabei gilt es, den Aus-/Umbau der Übertragungs- und Verteilnetze mit dem Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energie im Regierungsbezirk zu synchronisieren. Beim Netzausbau ist verstärkt auf intelligente (digitale) Lösungen zu setzen, wie z. B. intelligente Stromnetze (Smart Grids), ein zügiger Smart-Meter-Rollout sowie zusätzliche Effizienz und eine Optimierung der Energieverteilung in Kombination mit flexiblen Verbrauchern. Folgende Punkte stehen im Fokus:

- Bau des SuedLinks: Absicherung der Stromversorgung von Norden nach Süden und gegenüber den Nachbarländern
- Aufrüstung der unterfränkischen Mittelspannungsleitungen und regionalen Niederspannungsleitungen für die dezentrale Energieversorgung
- Weiterentwicklung des Stromnetzes zu einem intelligenten, zur Verbrauchssteuerung fähigen Netz, auch um höhere Netzschwankungen auszugleichen
- Etablierung intelligenter Energienetzwerke und Netzplattformen

3.3 Energiespeicherlösungen entwickeln und einsetzen

Der Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie ist gemein, dass sie unregelmäßig anfällt und nicht mit dem Strombedarf deckungsgleich ist. Deswegen muss in Überschussphasen anfallender Strom für den späteren Verbrauch gespeichert werden können. Infrage kommen klassische Methoden, wie z. B. Pumpspeicherkraftwerke oder Großbatteriespeicher. Notwendig ist aber auch der Einsatz moderner Technologien, wie Power-to-Gas, bei der Energie zur Herstellung von Wasserstoff genutzt wird.

Darüber hinaus gilt es auch weiterhin, geeignete Standorte für Speicheranlagen in den Regionalplänen zu identifizieren und zu sichern.

4 Mobilität

Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln

Unternehmerperspektiven 2025

| | Bayern | Unterfranken |
|------------------------------------|--------------|---------------------|
| Zufriedenheit Güte Straßenverkehr | 62,0 Prozent | 64,3 Prozent |
| Zufriedenheit Güte Schienenverkehr | 29,9 Prozent | 31,8 Prozent |
| Zufriedenheit Güte Luftverkehr | 78,8 Prozent | 78,3 Prozent |

Mobilitätsinfrastruktur – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Anbindung des Verkehrsverbunds Nahverkehr Mainfranken an die Verkehrsverbünde Nürnberg und Frankfurt
2. 6-streifiger Ausbau der A7 zwischen Fulda und Würzburg
3. Umfassende Ertüchtigung der Schienenmagistrale Frankfurt/M. – Aschaffenburg – Würzburg – Nürnberg – Regensburg

4.1 ÖPNV – Verbundsystem stärken

Für eine gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen ist ein leistungsfähiger und flächendeckend koordinierter ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum von großer Bedeutung für die Mobilität von Mitarbeitern, Schülern und Senioren. Er leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Mobilität. Hierzu gehört auch die Kombination mit neuen Antriebstechniken wie Elektromobilität und Wasserstoff sowie die Schnittstellenabstimmung mit alternativen Individualangeboten wie Car-Sharing, Ruftaxen oder Mitfahrbänken. Diese sind gerade für den ländlichen Raum unerlässlich, um diesen als Lebensraum attraktiv zu machen bzw. zu erhalten. Gerade in den ländlich geprägten Regionen Unterfrankens hat die Forderung nach einem verstärkten Engagement der Kommunen für einen flächendeckenden ÖPNV Gewicht. Mit dem am 01. Januar 2025 geschaffenen Verkehrsverbund Nahverkehr Mainfranken (NVM) wurde ein wichtiger Meilenstein bei der Verbesserung des ÖPNV in Unterfranken erreicht. Er verbindet Stadt und Landkreis Würzburg sowie die Stadt Schweinfurt und die Landkreise Kitzingen, Main-Spessart, Bad Kissingen, Rhön-Grabfeld und Haßberge.

Folgende Punkte gilt es anzugehen bzw. abzuschließen:

- Schaffung eines 30-Minuten-Takts in den Kernzeiten im Umkreis von 30 Kilometern aller unterfränkischen Oberzentren
- Anbindung des Verkehrsverbunds Nahverkehr Mainfranken an die Verkehrsverbünde Nürnberg und Frankfurt
- Bedarfsgerechte Anbindung von Schulstandorten und Arbeitsplätzen, insbesondere Bus- und Shuttleangebote
- Ausbau der Park & Ride-Systeme in Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg inklusive Ladeinfrastruktur für Elektro-/Wasserstofffahrzeuge
- Bessere Verknüpfung der Fuß- und Radverkehre, des ÖPNV sowie des Schienen- und Straßenverkehrs
- Weiterer Ausbau des Würzburger Hauptbahnhofareals zu einer integrierten Mobilitätsdrehscheibe
- Bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Würzburger Straßenbahnnetzes (z. B. Straßenbahnlinien 1, 5 und 6)
- Beschleunigung des ÖPNV auf der Kahlgrundbahn Schöllkrippen – Hanau
- Ausbau des Angebots an Car Sharing und Ruftaxen
- Flächendeckende Verfügbarkeit von umsteigefreien Stadt-Land-Busverbindungen im Verbund mit dem Fernverkehrsnetz

4.2 Straßeninfrastruktur kapazitätsgerecht entwickeln

Autobahnen, Bundes- und Landstraßen sind wichtige Verkehrsadern, die durch den zunehmenden Güterverkehr stärker belastet werden. Es gilt, die Verkehrsströme zu entzerren, indem die Kapazitäten der Autobahnen und Bundesstraßen am Bedarf ausgerichtet und ihre Leistungsfähigkeit erhalten werden. Parallel müssen die Bundesstraßen als leistungsfähige Querverbindungen zu den Autobahnen ertüchtigt werden. Tabelle 2 zeigt wichtige Straßenbauprojekte in Planung oder Bau. Diese Projekte müssen zügig vorangetrieben bzw. abgeschlossen werden.

Für die unterfränkische Wirtschaft haben auch folgende Projekte zentrale Bedeutung:

- Zweistreifiger Ausbau der B26n mit abschnittswisen Überholstreifen als Verknüpfung zwischen A7, A70 und A71 im Raum Schweinfurt sowie zwischen A3 und A81 im Raum Würzburg
- Ausbau der B26 vom Hafen Aschaffenburg bis zur B469 mit Ausbau der Knotenpunkte Hafen-West und Hafen-Mitte
- Ausbau des Greinbergknotens in Würzburg

Tabelle 2

Autobahnprojekte in Planung oder Bau

| Projekt | EP | BRGV | B |
|---|-----------|-----------|-----------|
| A3 Landesgrenze Baden-Württemberg – Regensburg (ÖPP) | | | |
| AK Biebelried – AK Fürth/Erlangen | | | S Q2 2020 |
| A7 Fulda – Würzburg (sechsstreifiger Ausbau) | | | |
| nördl. AK Schweinfurt/Werneck – nördl. TR Riedener Wald | | S Q4 2023 | |
| nördl. TR Riedener Wald – südl. AS Würzburg/Estenfeld | A Q4 2021 | | |
| südl. AS Würzburg/Estenfeld – AK Biebelried | | S Q4 2023 | |

Quelle: Eigene erweiterte Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr und der Autobahn GmbH.

Q1 – Q4 = Quartale, A = abgeschlossen, S = gestartet, EP = Entwurfsplanung, BRGV = Baurechtliches Genehmigungsverfahren, B = Bau

Folgende in der nachfolgenden Tabelle genannten Projekte sind aktuell in unterschiedlichen Planungsphasen. Sie gilt es zügig zu realisieren, um das unterfränkische Verkehrsnetz zu ertüchtigen.

Tabelle 3

Weitere notwendige Bundesstraßenprojekte in Planung

| Projekt | EP | BRGV | B |
|--|-----------|-----------|---|
| B 19 | | | |
| OU Giebelstadt – Euershausen | | S Q2 2020 | |
| B 26 | | | |
| Ausbau B 469 – Aschaffenburg | S Q1 2022 | | |
| B 26n | | | |
| Karlstadt – AK Schweinfurt/Werneck, BA 1 | | S Q3 2021 | |
| Karlstadt – AK Schweinfurt/Werneck, BA 2 | S Q3 2019 | | |
| B 286 | | | |
| Bad Kissingen – B 19, BA 1 | S Q3 2015 | | |
| Bad Kissingen – B 19, BA 2 | S Q4 2018 | | |
| B 426 | | | |
| OU Mömlingen | S Q1 2021 | | |

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr; OU = Ortsumgehung.

Wie in allen anderen Regierungsbezirken gilt es, die Parkmöglichkeiten und Versorgungsnetze an Autobahnen und Bundesstraßen zu verbessern. Hier müssen insbesondere folgende Punkte im Fokus stehen:

- Errichtung einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
- Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Wasserstofftankstellen
- Erhöhung der Parkplatzkapazitäten an den Bahnhöfen
- Schaffung weiterer LKW- und Bus-Stellplätze an den Autobahnen

4.3 Schienenverkehr ertüchtigen

Eine gute Schieneninfrastruktur ist für die Unternehmen und Beschäftigten von großer Bedeutung. Die überregional bedeutsamen Schienenmagistralen müssen auf den modernsten Stand der Technik gebracht werden. Die Regionalstrecken sind ebenso zu ertüchtigen, um ihre Zubringer- und Pendlerfunktion zu erhalten. Im Fokus stehen folgende Aufgaben:

- Umfassende Ertüchtigung der Schienenmagistrale Frankfurt/M. – Aschaffenburg – Würzburg – Nürnberg – Regensburg (Achse Main-Donau)
- Ausbau des Eisenbahnknotens Würzburg
- Ausbau des Fernverkehrsangebots auf der Relation Berlin – Erfurt – Coburg – Bamberg – Schweinfurt – Würzburg – Stuttgart
- Ertüchtigung der Achse Fulda – Bad Kissingen – Schweinfurt – Würzburg
- Bessere Anbindung Schweinfurts über Würzburg zum Flughafen Frankfurt
- Fortsetzung der Neugestaltung des Bahnhofareals Würzburg
- Elektrifizierung der Maintalbahn von Aschaffenburg bis Miltenberg

Daneben müssen Planung und (Aus-)Bau folgender Projekte zügig angegangen werden:

- ABS/NBS Hanau – Nantenbach
- ABS Burgsinn – Gemünden – Würzburg – Nürnberg
- ABS/NBS Hanau – Würzburg / Fulda – Erfurt
- Bahnverbindung Würzburg – Stuttgart
- Instandsetzung und Modernisierung der Trassen von z. B. Werntal-, Steigerwald- und Mainschleifenbahn

4.4 Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen

Unterfranken liegt zwischen dem International Airport Frankfurt/Main im Westen und dem Flughafen in Nürnberg. Beide Flughäfen sind zwar über die Bundesautobahnen und die Bahn relativ gut erreichbar, dennoch ist der Erhalt und Ausbau der Verkehrslandeplätze Giebelstadt (bei Würzburg), Großostheim (bei Aschaffenburg) und Haßfurt-Schweinfurt erforderlich.

4.5 Binnenwasserstraßen ertüchtigen

Der Main muss für den nationalen und internationalen Transport wettbewerbsfähig ertüchtigt werden. Bereits seit 1999 laufen auf dem Main zwischen Würzburg und Bamberg Maßnahmen für den Ausbau der bislang 2,50 m tiefen Fahrrinne auf 2,90 m. Von Würzburg bis Volkach sind die Arbeiten weitgehend abgeschlossen. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass der Main bis Bamberg weiter ausgebaut wird.

5 Bildung und Betreuung

Bildungsinfrastruktur stärken, Betreuungsangebote verbessern

Unternehmerperspektiven 2025

| | Bayern | Unterfranken |
|---|--------------|---------------------|
| Qualität der Bildungsinfrastruktur | 75,9 Prozent | 72,6 Prozent |
| Zufriedenheit Güte der Erreichbarkeit von Betreuungseinrichtungen | 72,9 Prozent | 65,6 Prozent |

Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten bedarfsgerecht entwickeln
2. Die weitere Digitalisierung der Schulen vorantreiben

5.1 Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausbauen

Eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder ist zur Erhaltung und Steigerung der Erwerbstätigkeit der Angehörigen zu sichern. Zum 01. März 2024 waren in Unterfranken 89 Prozent der genehmigten Plätze in Kindertageseinrichtungen belegt. Angesichts des zunehmenden Jugendquotienten bis 2043 wird der Bedarf weiter steigen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bedarfsgerechte Entwicklung von Ganztagsbetreuungsangeboten in allen Regionen
- Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren – vor allem in den ländlichen Regionen
- Beseitigung von Betreuungsengpässen in folgenden Zeiträumen, orientiert an den Arbeitsverpflichtungen der Eltern:
 - in Tagesrandzeiten und an Wochenenden (entscheidend vor allem für Beschäftigte in den Bereichen Dienstleistung, Pflege, Gastronomie)
 - in Schulferien (betrifft überwiegend Angebote außerhalb der Kindertagesstätten)
 - an Schließtagen in Kinderkrippen und Kindertagesstätten

5.2 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten

Wichtig ist der Erhalt wohnortnaher Schulangebote in der Fläche durch Schaffung zukunftsfähiger und nachhaltiger Strukturen sowie Nutzung unterschiedlicher Kooperationsformen. Gerade im ländlichen Raum Unterfrankens geht es neben Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote insbesondere um flexible Öffnungszeiten bzw. ganztägige Betreuung und rhythmisierte Ganztagsangebote über alle Schulformen hinweg. Dabei erzeugt der demografische Wandel einen besonderen Anpassungsdruck, dem durch flexible Instrumente, wie z. B. Schulk Kooperationen oder jahrgangsgemischte Klassen, begegnet werden kann.

Schulen müssen bedarfsgerecht an ÖPNV und Schulbusverkehr angebunden werden.

5.3 Digitalisierung in allen Schulformen vorantreiben

Angesichts des raschen technologieinduzierten Wandels sind die technologieoffene und branchenspezifische Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen und Anpassung an die Anforderungen der digitalen Transformation erforderlich.

Dazu muss die Digitalisierung an allen Schulformen weiter vorangetrieben und das Netzwerk zwischen Schulen und Wirtschaft intensiviert werden. Um die Entwicklung digitaler Kompetenzen der Schüler zu stärken, muss die Qualifizierung der Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung vom Studium über das Referendariat bis zur Fortbildung phasenübergreifend umgesetzt und Konzepte für einen erfolgreichen digitalen Unterricht verstärkt entwickelt werden. Ziel ist es, dass junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich Kompetenzen entwickeln, die es ihnen ermöglichen, in einer sich dynamisch entwickelnden Lebens- und Arbeitswelt bestehen zu können und erfolgreich zu sein.

5.4 Weiterentwicklung der Berufsschulstandorte

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Unterfranken müssen die Berufsschulstandorte und ihre Angebote weiterentwickelt bzw. angepasst werden. Ziel muss es sein, die hohe Qualität an Berufsschulen sicherzustellen bzw. weiter zu verbessern. Wichtig ist, dass gemeinsam vor Ort bei aufkommenden Herausforderungen von Berufsschulen und Betrieben nach Lösungen gesucht wird.

Angestrebt werden sollte auch eine Stärkung der Kooperation der Lernorte Berufsschule und Betrieb, um die berufliche Ausbildung zu optimieren (z. B. durch die Einrichtung Runder Tische, die Stärkung der Rolle der Berufsschulbeiräte oder die Schaffung eines integrierten Berufsschulplans).

5.5 Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen

Aus Sicht der unterfränkischen Wirtschaft ist es unerlässlich, dass die Hochschulen neuen Zielgruppen, wie zum Beispiel beruflich Qualifizierten, die Möglichkeit eröffnen, sich akademisch weiterzubilden. Der Anteil der Studierenden mit beruflicher Vorqualifikation, wie Meister oder Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung, ist deutlich auszubauen. Vermehrte Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind hierbei anzustreben. Darüber hinaus gilt es, die Anstrengungen weiter zu verstärken und neue Aufgaben anzugehen:

- Ausbau der Weiterbildungsangebote im technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich an den Universitäten und Hochschulen
- Weiterbildungsangebote auf Zertifikatsebene umsetzen
- Angebot an berufsbegleitenden Studiengängen ausbauen
- Duale Masterstudiengänge ausbauen

6 Innovation

Wissen schaffen, Technologietransfer intensivieren

Die unterfränkische Wirtschaft benötigt qualifizierte Fachkräfte und einen direkten Zugang zu Forschungsergebnissen.

Unternehmerperspektiven 2025

| | Bayern | Unterfranken |
|---|--------------|---------------------|
| Zufriedenheit Bereitstellung von finanziellen Förderangeboten für Unternehmen | 52,7 Prozent | 60,7 Prozent |
| Zufriedenheit Existenz F+E- / Innovationsnetzwerke | 71,5 Prozent | 66,2 Prozent |
| Zufriedenheit Zugang zu Technologien | 77,1 Prozent | 69,9 Prozent |
| Zufriedenheit Technikfreundlichkeit / Positives Innovationsklima | 76,4 Prozent | 73,9 Prozent |

Innovationsinfrastruktur – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Campus der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt (THWS) zur Gewinnung internationaler Fachkräfte weiter ausbauen (i-Campus)
2. Industry on Campus: Raum für Unternehmen direkt auf dem Campus der THWS im Center für Robotik in Schweinfurt schaffen, wie es im Konzept zur intelligenten Fabrik (i-Factory) vorgesehen ist
3. Hochschulstandort Würzburg zum Hotspot für Künstliche Intelligenz (KI-Knoten) weiterentwickeln

6.1 Hochschulen und Universitäten bedarfsgerecht ausbauen

In Unterfranken sind in den vergangenen Jahren eine Reihe von Projekten angestoßen bzw. realisiert worden. Es gilt, diese Anstrengungen fortzuführen:

- Das erfolgreiche Konzept der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt mit zweisprachigen Ingenieurstudiengängen zur Gewinnung internationaler Fachkräfte weiter ausbauen (i-Campus).
- Das Konzept der intelligenten Fabrik (i-Factory) mit Zugang von Unternehmen zur Schaffung von Digitalkompetenzen durch schnellen Ausbau des CERi Center für Robotik einschließlich des Robotik-Studiengangs für deutsch- und englischsprachige

Studierende an der THWS Technische Hochschule in Schweinfurt voranbringen und hier Raum für Unternehmenskooperationen (Industry on Campus) mit einbringen.

- Bau eines neuen Gebäudes auf dem Campus Ledward für das CERI Center für Robotik an der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt
- Der Ausbau des Hochschulstandortes Würzburg zum Hotspot für Künstliche Intelligenz (KI-Knoten) inklusive eines Instituts für Data Science an der Universität Würzburg sowie des Kompetenzzentrums für Artificial Intelligence in der Robotik (CAIRO) an der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt

6.2 Technologietransfer stärken

Angesichts der hohen Wettbewerbs- und Innovationsintensität ist es wichtig, die Forschungsinfrastruktur weiter auszubauen. Der Freistaat leistet bei Auf- und Ausbau von Technologietransferzentren wichtige Arbeit. Folgende Projekte müssen weiter im Fokus stehen:

- Weiterer Ausbau des Technologietransferzentrums Elektromobilität (TTZ EMO) in Bad Neustadt
- Ausbau des Technologietransferzentrums Smart Polymer Pipe Solutions (TTZ SPPS) in Haßfurt
- Ausbau des Technologietransferzentrums Laboranalytik, Medizintechnik in Bad Kissingen
- Ausbau des Technologietransferzentrums Robotik, Künstliche Intelligenz in Kitzingen
- Ausbau eines Technologietransferzentrums Nachhaltige additive und digitale Produktion in Marktheidenfeld
- Ausbau des Technologietransferzentrums Nachhaltige Energien in Alzenau
- Ausbau der Außenstelle des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) in Schweinfurt
- Ausbau und Neubau des Gebäudes des CERI Centers für Robotik der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt in Schweinfurt
- Ausbau des Kompetenzzentrums für Künstliche Intelligenz und Robotik (CAIRO) an der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt und des Zentrums für Künstliche Intelligenz in Forschung und Anwendung (CAIRA) an der Universität Würzburg
- Ausbau des virtuellen Digitalisierungszentrums Präzisions- und Telemedizin (DZ.PTM)
- Überführung des Zentrums für Angewandte Energieforschung (ZAE) Bayern in Würzburg in ein Center für Applied Energy Research (CAE) und Ausbau
- Auf- und Ausbau einer Forschungsfabrik für Microsatelliten für das Zentrum für Telematik (ZfT) in Würzburg
- Ausbau des Zentrums für digitale Innovationen (ZDI) Mainfranken in Würzburg
- Auf-/Ausbau des Instituts für Topologische Isolatoren (ITI) an der Universität Würzburg
- Ausbau des Studiengangs Medical Engineering an der TH Technische Hochschule Aschaffenburg
- Ausbau des Studiengangs Wasserstofftechnik an der THWS Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt in Schweinfurt

6.3 Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen

Die Wirtschaft hat hohen Bedarf an Studienabgängern aus den sogenannten MINT-Studiengängen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Die Hochschulen sollten daher ihre Angebote an berufsbegleitenden Studiengängen, an dualen Studiengängen und an Weiterbildungsangeboten deutlich ausweiten.

Die Hochschulen in Unterfranken sind die Schmieden für Wissen und Fachkräfte. Folgende Projekte sind in Planung oder Aufbau und müssen weiter nachhaltig verfolgt werden:

- i-Campus der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt ausbauen, um dringend benötigte Fachkräfte nach Mainfranken zu bringen
- Mit der i-Factory an der Technischen Hochschule in Schweinfurt die in der Wirtschaft benötigten Ingenieure für intelligente Automatisierungstechnik und Robotik ausbilden.
- Hochschulstandort Würzburg zum Hotspot für Künstliche Intelligenz (KI-Knoten) ausbauen
- Internationalisierung der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt durch weitere Anwerbung international Studierender mittels deutsch- und englischsprachiger Studiengänge (TWIN-Studiengänge) ausbauen. Neben den bestehenden zweisprachigen Programmen Wirtschaftsingenieurwesen, Logistik, Mechatronik und Robotik insbesondere auch die Studiengänge Elektrotechnik, Maschinenbau und Wasserstofftechnik neben Deutsch auch auf Englisch anbieten
- Technologietransferzentren in den Landkreisen Bad Kissingen, Kitzingen, Haßfurt und Marktheidenfeld ausbauen, um den ansässigen Unternehmen Zugang zu Transferleistungen der Technischen Hochschulen zu erleichtern
- Studiengang Medical Engineering and Data Science an der TH Aschaffenburg ausbauen

Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit der Hochschulen in Franken verbessert und die Entwicklung eines fränkischen Exzellenzclusters angestrebt werden.

7 Moderne Verwaltung

E-Government-Leistungen ausbauen und in die Fläche tragen

Unternehmerperspektiven 2025

| | Bayern | Unterfranken |
|--|--------------|---------------------|
| Zufriedenheit Fortschritt der Verwaltung bei der Digitalisierung | 29,4 Prozent | 28,0 Prozent |
| Zufriedenheit Zulassungs- und Genehmigungsverfahren | 33,8 Prozent | 32,6 Prozent |

Zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Verfügbare E-Government-Lösungen umgehend einsetzen und für Unternehmen wichtige Lösungen priorisieren
 2. Eigenes Ortsrecht digital umsetzen
 3. Register für automatisierten Zugang öffnen
-

7.1 Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen

Ein zentrales Anliegen an den modernen Staat ist der Abbau bürokratischer Hürden für unternehmerisches Handeln. Verwaltungsprozesse müssen vor allem für Unternehmen deutlich schneller und flexibler werden und die Serviceorientierung der Verwaltung ist auszubauen. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann und muss E-Government leisten.

Anforderungen von Unternehmen an die Entwicklung von E-Government

Grundlegendes

- Einfacher Zugang zu und schnelle Abwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen
- Digitaler Austausch bidirektional, maschinell verarbeitbar
- Datensicherheit und digitale Authentifizierung

Komplexe Services: Prioritäten

- Digitales Postfach mit Nutzungsrechten; Rechtemanagement mit Einbeziehung von Dienstleistern
- Verknüpfung des Postfachs mit den internen IT-Systemen
- Effizienzpotenzial auch in und zwischen Unternehmen heben
- Once Only-Prinzip: öffentlich bereits vorhandene Daten automatisiert einbinden

Digital-Check für neues und aktuelles Recht

- Wo nötig Digitalisierbarkeit der Verfahren herstellen, etwa durch Wegfall von Schriftformerfordernissen oder von unlogischen Anforderungen

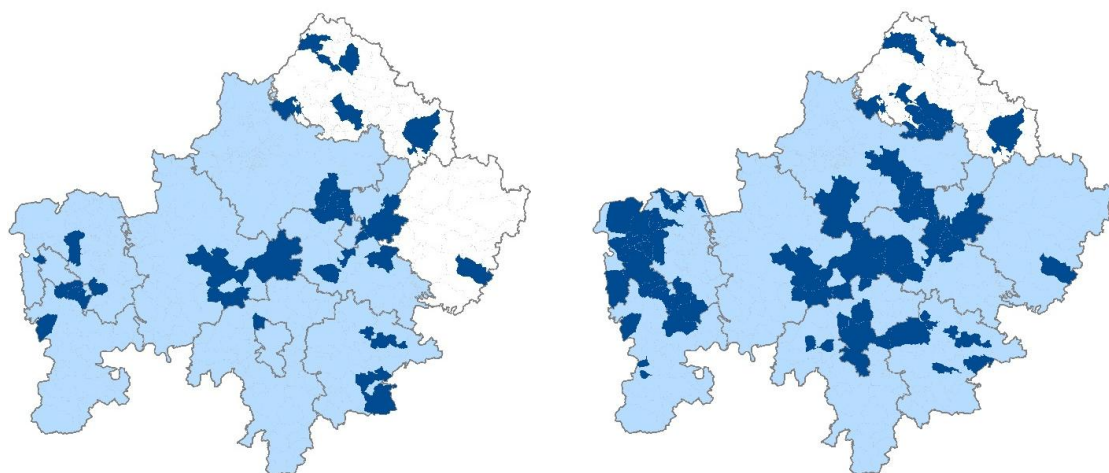
Lösungen für Unternehmen priorisieren

7.2 Regionale und kommunale Diskrepanzen bei digitalen Verwaltungsdienstleistungen abbauen

Die vorbereitenden Leistungen für deutschlandweit kompatible E-Governmentangebote müssen Bund und Länder verantworten. Es geht vor allem um gemeinsame Standards und Schnittstellen, einheitliche oder zumindest kompatible Programme und Plattformen, darunter auch das oben genannte Postfach, und um digitale Authentifizierungstools.

Abbildung 4

Digitale Ämter – Kommunen, Stadt- und Landkreise in Unterfranken 2023 / 2025



Quelle: Eigene Darstellung; nach Angaben des Staatsministeriums für Digitales;
farbig: Verwaltungseinheit ist Digitales Amt; hellblau: Stadt- und Landkreise, dunkelblau: Gemeinden.

Die Verwaltungen auf regionaler und kommunaler Ebene sind vor allem als Anwender und Anbieter digitaler Verwaltungsdienstleistungen gefragt. Abbildung 4 zeigt die Entwicklung bei Kommunen, Stadt- und Landkreisen in Unterfranken, die mit dem Prädikat „Digitales Amt“ ausgezeichnet wurden. Die Auszeichnung setzt voraus, dass die betreffende Verwaltung mindestens 50 zentrale bzw. kommunale Online-Verfahren über das Bayern-Portal verlinkt hat. Hier bewegt sich schon viel, allerdings zeigen sich auch große Unterschiede, die deutlich machen: Es ginge schon mehr, man muss es nur umsetzen. In Unterfranken besteht noch in vielen Kommunen Nachholbedarf. Erst 19 Prozent haben dieses Siegel, während die Mehrzahl der Landkreise sowie die Verwaltung des Bezirks bereits als Digitales Amt eingestuft sind. Dabei werden nur Verwaltungsleistungen gezählt, die teilweise oder vollständig digital verfügbar sind. Dieser Weg muss weiter gegangen werden, damit bis Ende 2027 jede Leistung überall auch digital angeboten wird.

Einen tieferen Einblick bietet das OZG-Dashboard, das für jede Gebietskörperschaft (Land, Regierungsbezirk, Landkreis, Kommune bzw. Verwaltungsgemeinschaft) anzeigt, für wie viele Verwaltungsleistungen flächendeckend Onlinedienste verfügbar sind. Dabei werden nur Verwaltungsleistungen gezählt, die teilweise oder vollständig digital verfügbar sind. So sind Stand 01. September 2025 bei der Regierung von Unterfranken 194 Verwaltungsleistungen zumindest teilweise digital verfügbar, bei den Landkreisen sind es 717, bei den kreisfreien Städten 807 und bei den Gemeinden bzw. Verwaltungsgemeinschaften 127. Auch hier bestätigt sich der erhebliche Nachholbedarf bei den Kommunen.

7.3 Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene

Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus Sicht der Wirtschaft für die regionale und kommunale Entwicklung von E-Government klare Prioritäten:

1. Vorhandene Lösungen für E-Government müssen flächendeckend eingesetzt werden. Neue Lösungen sind nach Verfügbarkeit umgehend einzuführen. Beispiele sind
 - als verfügbare Lösungen: die Bauplanung und -genehmigung; das Angebot, Rechnungen an die Verwaltung als E-Rechnungen auszustellen oder der eingeführte elektronische Gewerbesteuerbescheid,
 - als hoffentlich bald verfügbare Lösungen: ein elektronischer Grundsteuerbescheid, Eintragungen, Änderungen und Löschungen im Grundbuch oder die weitestgehend automatisierte Genehmigung vorübergehender Baustelleneinrichtungen im öffentlichen Raum.
2. In allen kommunalen Gebietskörperschaften muss auch das eigene Ortsrecht (z. B. kommunale Satzungen) auf Digitalisierbarkeit überprüft, ggf. daraufhin angepasst und dann ebenfalls in elektronische Lösungen umgesetzt werden.
3. Kommunale Register müssen für den automatisierten digitalen Zugriff geöffnet werden, sobald dafür im Zuge der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes die notwendigen Formate und Schnittstellen verfügbar gemacht wurden.
4. Auch auf kommunaler Ebene sind Verfahren vorrangig anzugehen, deren Digitalisierung den Unternehmen Hindernisse aus dem Weg räumen.

8 Gesundheit und Pflege

Qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege sicherstellen

Unternehmerperspektiven 2025

| | Bayern | Unterfranken |
|---|--------------|---------------------|
| Güte der soziokulturellen Infrastruktur (z. B. Gesundheitsversorgung, Vereine, Kultureinrichtungen) | 79,1 Prozent | 70,7 Prozent |

Gesundheit und Pflege – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum gegenwirken
2. Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen
3. Angebote zur stationären und ambulanten Pflege bedarfsgerecht ausbauen

8.1 Ärzteversorgung in der Fläche sicherstellen

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Ärzte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Gesundheitsinfrastruktur, gerade in einer ländlich geprägten Region wie Unterfranken.

Versorgungsgrad und Bedarfsplanung

Maßgeblich zur Beurteilung der Ärzteversorgung ist der Versorgungsgrad. Liegt dieser in einer Region bei 100 Prozent, entspricht die tatsächliche Anzahl der dort tätigen Ärzte bzw. Psychotherapeuten der laut Bedarfsplanung der KVB benötigten Anzahl.

Tabelle 4 zeigt für ausgewählte Ärzteguppen die Regionen, in denen der Versorgungsgrad unter 90 Prozent liegt. Das zunehmende Durchschnittsalter und der wachsende Anteil der Ärzte über 60 Jahren erhöhen den Handlungsdruck. Gleichzeitig wird das Patientenaufkommen durch den demografischen Wandel deutlich ansteigen.

Die hausärztliche Versorgung ist insbesondere in den Versorgungsgebieten Bad Neustadt an der Saale, Haßfurt und Lohr am Main nicht bedarfsgerecht gegeben. Bei Kinder- und

Jugendärzten besteht Handlungsbedarf im Landkreis Miltenberg, bei Augenärzten im Landkreis Rhön-Grabfeld. Schwierig ist insbesondere die kassenärztliche Versorgung im Bereich HNO in den Landkreisen Kitzingen und Haßberge.

Tabelle 4

Ausgewählte Kennzahlen zur Ärzteversorgung (Unterfranken)

| | Durchschnitts- alter | Ärzte über 60 | Gebiete mit niedrigem Versorgungsgrad* |
|---------------------------|----------------------------|--------------------------------|---|
| Hausärzte | 55,0 Jahre [55,0 Jahre] | 37,5 Prozent [36,5 Prozent] | Lohr am Main (79,73 Prozent) |
| Kinder-, Jugendärzte | 50,3 Jahre [52,5 Jahre] | 22,1 Prozent [26,7 Prozent] | Miltenberg (79,80 Prozent) |
| HNO-Ärzte | 52,0 Jahre [53,4 Jahre] | 29,4 Prozent [33,6 Prozent] | Haßberge (37,33 Prozent) Kitzingen (36,00 Prozent) |
| Hautärzte | 53,3 Jahre [53,1 Jahre] | 30,2 Prozent [31,6 Prozent] | |
| Urologen | 55,6 Jahre [52,9 Jahre] | 38,3 Prozent [29,0 Prozent] | |
| Frauenärzte | 54,0 Jahre [53,9 Jahre] | 33,3 Prozent [31,6 Prozent] | |
| Chirurgen Ortho- päden | 54,6 Jahre [53,8 Jahre] | 33,8 Prozent [30,3 Prozent] | |
| Psychotherapeu- ten | 51,5 Jahre [53,3 Jahre] | 30,4 Prozent [35,7 Prozent] | |
| Augenärzte | 53,5 Jahre [51,9 Jahre] | 31,6 Prozent [28,6 Prozent] | Rhön-Grabfeld (83,70 Prozent) |

Quelle: Eigene Darstellung; KVB-Versorgungsatlanten (Stand: August 2025).

In eckigen Klammern jeweils die Durchschnittswerte für Bayern.

* Bei Fachärzten entspricht das Versorgungsgebiet den Landkreisgrenzen, bei Hausärzten handelt es sich um spezifische, kleinteiligere Versorgungsgebiete; Gebiete mit weniger als 90 Prozent).

Es ist Folgendes erforderlich:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen entgegenwirken
- Förderung von Niederlassungen im ländlichen Raum
- Förderung von gemeinsamen Arztpraxen sowie kommunalen und privaten Ärztehäu-
sern als Gemeinschaftseinrichtungen

- Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Notarztwesens
- Ausbau der Studienplätze für Medizin insgesamt
- Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildungen zu ermöglichen.

8.2 Apothekennetz erhalten

Insgesamt ist die flächendeckende Versorgung gegeben. Je 100.000 Einwohner gibt es knapp 22 Apotheken in Unterfranken. Das liegt über dem bayernweiten Durchschnitt von knapp 20 Apotheken. Die aktuelle Verteilung der Standorte gewährleistet in der Regel akzeptable Anfahrtswege. Es gilt, dieses Angebot weiter aufrecht zu erhalten.

Allerdings wird die bedarfsgerechte flächendeckende Ausstattung in den nächsten 20 Jahren insbesondere in den ländlichen Räumen zur Herausforderung. Insgesamt ist die Zahl der Apotheken rückläufig. So gab es Ende 2013 348 Apotheken, während zum 17. April 2025 nur noch 295 Apotheken bestanden. Gründe sind u. a. Probleme bei der Gewinnung von Berufsnachwuchs und Inhaber-Nachfolgern sowie der Rückgang der Zahl an niedergelassenen Ärzten.

Hier gilt es, Engpässe zu vermeiden und die Versorgung auch in den ländlichen Regionen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Apotheken im ländlichen Raum entgegenwirken
- Mobile Apotheken beziehungsweise Fahrdienste von Apotheken

8.3 Krankenhausversorgung nachhaltig entwickeln

Die regionale Verteilung und Ausrichtung der einzelnen Krankenhäuser nach Versorgungsstufen sichern eine qualitativ gute stationäre Versorgung. Die laufende Veränderung der Rahmenbedingungen wie z. B. der medizinisch-technische Fortschritt, Änderungen im Fachrichtungsspektrum, neue ambulant durchführbare Behandlungsmöglichkeiten sowie demografische Entwicklungen erfordern eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Krankenhauslandschaft in Unterfranken. Dies gilt auch für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, wo der Bedarf in jedem Fall steigen wird.

Aufgrund der demografischen Entwicklung ist in den nächsten Jahren mit einer Zunahme stationärer Behandlungsfälle zu rechnen. Dies erfordert die Weiterentwicklung der Krankenhausinfrastruktur, z. B. durch Anpassung von Bettenkapazitäten, Versorgungsstufen und ggf. der Zahl der Einrichtungen.

8.4 Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen der Arbeitsmarktpolitik. Der Altenquotient in Unterfranken steigt bis 2043 um 25,8 Prozent und somit deutlich an (Kapitel 1.2). Damit wird auch die Nachfrage nach Pflegeangeboten deutlich zunehmen. Um Berufstätige bei der Pflege von Angehörigen zu entlasten, müssen die Angebote zu Betreuung und Pflege ausgebaut werden. Mit der Verbesserung der Pflegeinfrastruktur sind folgende Maßnahmen verknüpft:

- Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs,
- Erstellung von Konzepten zur wohnortnahen Unterbringung von Angehörigen in Betreuungseinrichtungen,
- Vorhaltung von Angeboten für flächendeckende Kurzzeitpflege und Tagespflege in bevölkerungsschwachen Regionen, insbesondere an Tagesrandzeiten und Wochenenden,
- Begleitung privater Investitionen in den demografiegerechten Ausbau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen,
- Erleichterung für Arbeitnehmer im Umgang mit der Pflegebedürftigkeit von Familienangehörigen durch Kooperation von Pflegeeinrichtungen und Arbeitgebern,
- Erstellung von Konzepten zur Förderung der Laienpflege

9 Wohnraum

Angebot an Wohnraum spürbar verbessern

Unternehmerperspektiven 2025

| | Bayern | Unterfranken |
|---|--------------|---------------------|
| Zufriedenheit Güte des Wohnraumangebots | 43,0 Prozent | 47,4 Prozent |

Wohnungsbau – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Alle Entscheider müssen ihre Anstrengungen zur Schaffung von Wohnraum in den unterfränkischen Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt verstärken.
2. Kommunen müssen die mit dem „Bauturbo“ eingeräumten erweiterten Handlungsspielräume nutzen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.
3. Das Angebot an Wohnheimplätzen für Studenten und Berufsschüler muss verbessert werden.

Die Mangellage am Wohnungsmarkt bremst Arbeitgeber wie Mitarbeiter aus, insbesondere in Ballungsräumen. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade in den attraktiven Räumen die Knappheit an Wohnraum durch vermehrtes Bevölkerungswachstum besonders zunimmt. Einen „angespannten Wohnungsmarkt“ nach § 201a Baugesetzbuch weisen in Unterfranken schon heute die in der Abbildung 5 dargestellten Städte auf.

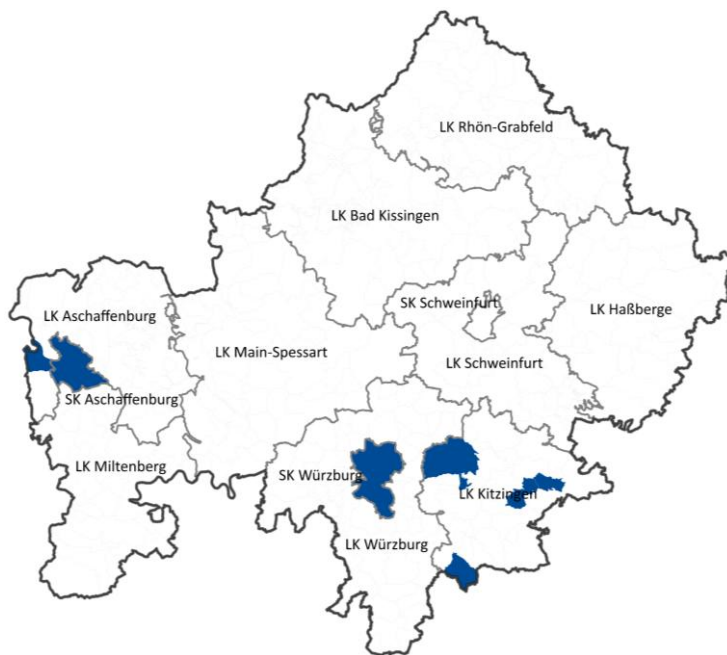
Die Zahl an Wohnheimplätzen für Berufsschüler insbesondere an den Berufsschulstandorten ist unzureichend und muss erhöht werden. Notwendig ist auch die Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums für Studierende an den Hochschulstandorten in Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg. Insbesondere muss die spezielle Situation in Schweinfurt mit über 1.400 internationalen Studierenden berücksichtigt werden. Die Anzahl in Schweinfurt soll mittelfristig auf über 2.000 internationale neben knapp 3.000 nationalen Studierenden anwachsen. Auch aufgrund der demografischen Entwicklung waren jedoch die Anfängerzahlen bei den einheimischen Studierenden an der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt in den letzten Jahren rückläufig.

Markteingriffe wie die noch einmal verlängerte Mietpreisbremse verschärfen die Lage am Wohnungsmarkt weiter. Markt und Menschen brauchen angebotsseitige Impulse und die Rücknahme preistreibender Auflagen. Der soziale Wohnungsbau bleibt wichtig, kann aber nur ein Teil der Antwort auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum sein. Viel wichtiger ist der schnelle Zugang zu Baurecht und Bauland sowie auch durch Digitalisierung vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig müssen

Nachhaltigkeitsauflagen technologieoffen ausgestaltet sein. Um Unternehmen den Bau von Wohnungen für Beschäftigte zu erleichtern, müssen Förderoptionen entsprechend ausgedehnt, Baugenehmigungen und Nutzungsänderungen auf Betriebsgrundstücken erleichtert werden.

Abbildung 5

Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt in Unterfranken



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr; SK = Stadtkreis (kreisfreie Stadt), LK = Landkreis.

Vor Ort müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Angebot an Wohnraum nicht nur in den oben genannten Städten und Kommunen zu verbessern. Das Anfang Oktober im Bundestag verabschiedete Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung („Bauturbo“) muss jetzt zügig in der Praxis genutzt werden. Der Bauturbo bietet den Kommunen die Möglichkeit, mit einfacher Zustimmung Baugenehmigungen zu erteilen und eine vereinfachte Vorprüfung ohne neue Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Gleichzeitig bieten sich den Kommunen erleichterte Möglichkeiten zur Befreiung von Bebauungsplänen und zur Entschärfung von Lärmschutzvorgaben. Städte und Kommunen sind aufgefordert, die erweiterten Spielräume zugunsten der Schaffung von Wohnraum zu nutzen.

Anhang

Weiterführende Informationen zu den einzelnen Infrastrukturfeldern

Energie

- Studie *Internationaler Energiepreisvergleich für die Industrie*, November 2025
- Studie *Entwicklung der Netzentgelte in Bayern*, November 2025
- Studie *CO₂-Verminderungskosten für die bayerische Industrie im Trendszenario*, Oktober 2025
- Studie *Wasserstoffkosten für die Industrie*, September 2025
- vbw Position *Wasserkraft in und für Bayern*, Juni 2025
- vbw Position *Versorgungssicherheit für Bayern*, März 2025
- vbw Position *Energiepolitik*, Februar 2025
- Studie *13. Monitoring der Energiewende*, Februar 2025
- vbw Position *Aufbau der Wasserstoffwirtschaft*, Januar 2025
- vbw Position *Digitalisierung der Energiewirtschaft*, Januar 2025

Klima

- vbw Position *Klimapolitik*, Januar 2025
- Studie *Klimapolitik nach Baku*, Dezember 2024
- Studie *Analyse CO₂-Infrastrukturbedarf Bayern*, November 2024
- Studie *Bayernplan Energie 2040 – vier Szenarien zur Klimaneutralität 2040*, April 2023 (Kooperation mit VBEW)

Mobilität

- vbw Position *Moderne Verkehrsinfrastruktur*, Oktober 2025
- vbw Position *Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen*, Januar 2025
- vbw Position *Mobilitätssystem für morgen*, November 2024
- Gemeinsame Erklärung vbw, Industriellenvereinigung Tirol, Unternehmerverband Südtirol, *Freien klimagerechten Warenverkehr über den Brenner gewährleisten*, Juli 2024

Bildung und Innovation

- vbw Position *Lehren aus der PISA-Misere*, März 2025
- vbw Position *Das bayerische Hochschulsystem – Fit für die Zukunft*, März 2025
- vbw Position *Berufliche Bildung stärken*, Januar 2025
- vbw Position *Betriebliche Weiterbildung*, Januar 2025
- vbw Studie *Technologieprofile Bayern: die Position des Freistaats und seiner Regierungsbezirke in Zukunftstechnologien*, Januar 2024
- vbw Studie *Digitale Wettbewerbsfähigkeit aus globaler Sicht*, April 2024
- vbw Studie *Kompetenzen in den wichtigsten Prozesstechnologien*, Mai 2025
- Position *Technologische Innovationen fördern*, Juli 2025
- vbw Studie *Digital Index Bayern*, Dezember 2025

Anhang

Digitale Netze und E-Government

- vbw Studie *Die digitale Infrastruktur in Bayerns Regionen*, Oktober 2025
- vbw Position *Digitale Netze*, März 2025
- vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen*, März 2025
- vbw Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern*, März 2025
- vbw Studie *Förderung von Gigabitnetzen*, Juni 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022

Gesundheit und Pflege

- vbw Position *Leitlinie für ein Gesundheitssystem der Zukunft*, Mai 2023
- vbw Studie *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen*, Juli 2018

Ansprechpartner/Impressum

Thomas Weber

Geschäftsführer

Bezirksgruppe Unterfranken

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 0931 32-209-0

thomas.weber@vbw-bayern.de

Volker Schilling

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-268

volker.schilling@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Januar 2026